



Hauptstadt-Bulletin

Sehr geehrte Damen und Herren,

in zehn Tagen sind wir wieder etwas schlauer. Die Ergebnisse der Europawahl werden einen deutlichen Stimmungstest für die deutsche Politiklandschaft darstellen. Und die Ergebnisse der Kommunalwahlen sind ein erster Fingerzeig für die Landtagswahlen in Baden-Württemberg im übernächsten Jahr. Es zeichnet sich ab, dass wir bei der Europawahl mit erstarkten politischen Rändern, sowohl von rechts als auch von links, rechnen müssen. Es geht bei dieser Wahl also vor allem darum, dass die demokratische Mitte zusammenhalten muss. Die Union hat mit Manfred Weber, CSU, einen starken Kandidaten für die Europäische Volkspartei ins Rennen geschickt, den auch ich mit aller Kraft unterstütze. Weber sehe ich als überparteiliches Angebot - ganz im Gegensatz zur SPD- Spitzenkandidatin Katarina Barley, die kürzlich erst vom "Spiegel"

" als "Miss Happy" bezeichnet wurde. Ein unbeschwerter Fröhlichkeitswahlkampf wird aber sicher nicht den politischen Herausforderungen gerecht. Man muss sich ernsthaft um die politische Mitte in Deutschland sorgen, wenn man sieht, wie die SPD sich politisch immer weiter nach links orientiert und nicht davor zurückschreckt, im Europäischen Parlament mit Sozialisten und Kommunisten gemeinsame Sache zu machen, nur um Manfred Weber als Kommissionspräsidenten zu verhindern.

In Deutschland selbst braut sich auf der politisch-linken Flanke auch etwas zusammen. Demnächst wird es ein Treffen von über 100 Politikern von SPD, GRÜNE und LINKE geben, die sich anschicken, die Bundesrepublik deutlich nach links zu verschieben. Mir ist ehrlich gesagt nicht wohl bei dem Gedanken, dass Deutschland und Europa auf scharf links oder durch die AfD auf scharf rechts gekrempelt werden soll. Deshalb halten wir mit Weber, Merkel und AKK in der Mitte unsere Linie, gerade jetzt. Unserem MdEP Andreas Schwab und auf kommunaler Ebene allen CDU-Kandidaten alles Gute für die Wahlen und Danke für den beeindruckenden Einsatz!

Ihr


Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag
Für den Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227 – 71005
Fax: 030 227 – 76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 – 4258033
Fax: 07621 – 4258035
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Bundestag berät mehrere Gesetze im Bereich der Migration

Bis zur parlamentarischen Sommerpause, die am 1. Juli 2019 beginnt, haben besonders die Innenpolitiker im Deutschen Bundestag die Aufgabe, mehrere Gesetzesentwürfe aus dem Bereich der Migrationspolitik zu beraten und einem guten Ergebnis zuzuführen. Auf Grundlage des Koalitionsvertrages haben sich in den letzten Wochen die Spitzen von CDU/CSU und SPD auf verschiedene Gesetzesentwürfe geeinigt, die anschließend vom Bundeskabinett verabschiedet wurden. Das Bundesministerium des Innern hat maßgeblich die Gesetzesentwürfe erarbeitet, teilweise in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Justiz sowie dem Ministerium für Arbeit und Soziales.

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hatte im vergangenen Jahr mit dem Masterplan Migration einen Katalog von 63 Punkten vorgelegt, der mittlerweile überwiegend in Bearbeitung ist. Einige der ausstehenden Punkte sind nun in Form von Gesetzesentwürfen von der Bundesregierung in den Bundestag eingebracht worden.

Gesetz zur „Geordneten Rückkehr“

Mit dem „Zweiten Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“ kommen wir dem Gesamtvorhaben, Migration zu steuern und zu ordnen einen großen Schritt näher. Der Gesetzentwurf setzt zentrale Vereinbarungen des Koalitionsvertrages im Migrationsbereich um: Erstens, spürbar zwischen denjenigen Ausreisepflichtigen zu unterscheiden, die unverschuldet an der Ausreise gehindert sind und denjenigen, die ihren Verbleib in Deutschland selbst verschulden. Zweitens, Hindernisse für Ausreise und Rückkehr zu verringern und dabei insbesondere Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam praktikabler zu gestalten.

Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes

Mit der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts reagieren wir auf jüngste Entwicklungen im syrischen Kurdengebiet. Deutsche, die sich ins Ausland begeben und dort an Kampfhandlungen für eine Terrormiliz konkret beteiligt haben und dadurch zum Ausdruck bringen, dass sie sich

von Deutschland und seinen grundlegenden Werten ab- und einer anderen ausländischen Macht in Gestalt einer Terrormiliz zugewandt haben, in Zukunft die deutsche Staatsangehörigkeit kraft Gesetzes verlieren. Man kann nicht an der Errichtung eines Kalifats mitwirken und gleichzeitig Staatsbürger unseres Landes sein.

Lebhafte Debatte über die Rolle von Europol in Europa

Im Plenum des Bundestages wurde heute über einen Antrag der FDP beraten, der die Aufwertung der Europäischen Polizeibehörde (Europol) zu einem Europäischen Kriminalamt fordert. In der Debatte lobte Armin Schuster das Vorbringen, das sowohl auf europäischer als auch auf deutscher Ebene auf eine breite Zustimmung stöße, hob aber auch hervor, dass die FDP ihren Antrag für den Europawahlkampf instrumentalisiere. Schuster betonte, dass Europol nicht zuletzt durch die Beteiligung Deutschlands insgesamt eine Erfolgsgeschichte sei und bereits den Geist eines Kriminalamtes in sich trage, der nun durch behutsame Schritte weiterentwickelt werden müsse. Dazu sei es aber insbesondere erforderlich, die in Deutschland bisher blockierten Vorhaben zur Vorratsdatenspeicherung, Quellentelekommunikationsüberwachung und Cyber-Abwehr umzusetzen, um mit den Partnern auf europäischer Ebene auf dem gleichen Niveau zu operieren.

Die Rede können Sie [HIER](#) per Klick einsehen.



70 Jahre Grundgesetz – Debatte im Plenum

Die Fraktionen des Bundestages haben das vor 70 Jahren verkündete Grundgesetz als wegweisende Rechtsgrundlage für die Entwicklung einer stabilen Demokratie gewürdigt. In einer Vereinbarten Debatte erinnerten die Abgeordneten daran, dass mit der Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 die Hoffnung verbunden war, die menschenverachtende Gewaltherrschaft der Nazis und einen Weltkrieg nie wieder zuzulassen. Diese Hoffnung habe sich ebenso erfüllt wie die nach Wohlstand und sozialer Sicherheit. Die Redner machten zugleich auch deutlich, dass die Verfassung lebendig sei und weiterentwickelt werden müsse, um neuen Herausforderungen zu begegnen. Das Grundgesetz habe auch den Weg zur Einheit des Landes vorgezeichnet, die erkämpft worden sei durch den Mut der DDR-Bürger. Heute präsentiere sich Deutschland wieder vereint, respektiert, und wirtschaftlich erfolgreich.

Arbeitsagentur Lörrach im Deutschen Bundestag

Einmal im Jahr kommen Abgeordnete aus Südbaden mit Vertretern der Arbeitsagentur Lörrach in Berlin zusammen, um über aktuelle Entwicklungen im Arbeitsmarkt in der Grenzregion zu sprechen. Der Vorsitzende der Geschäftsführung der Arbeitsagentur Lörrach, Andreas Finke, stellte aktuelle Zahlen zur Arbeitslosenquote in den Landkreisen Lörrach und Waldshut vor. Im laufenden Jahr liegt sie bei sehr guten 3,1 %. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen liegt laut Finke im Dreiländereck mit 22,7 % deutlich unter dem bundesdeutschen Niveau (32,9%). Die Jugendarbeitslosigkeit liegt seinem Bericht zufolge bei weiterhin sehr niedrigen 2,2%. Allerdings sind in diesem Jahr mehr Personen im Bereich der Arbeitsförderung gelistet worden als im Vorjahr. Der grundsätzlich positiven Dynamik auf dem Arbeitsmarkt in Südbaden tut dieser Umstand keinen Abbruch. Im Zuständigkeitsbereich der Arbeitsagentur Lörrach sind über 135.035 Personen in Beschäftigung. Im Vergleich zum Jahr 2014 (124.324) bedeutet dies einen Zuwachs von 8,6%. „Die Region Südbaden profitiert natürlich von der Lage in der Grenzregion. Wir müssen uns aber darauf einstellen, dass die Konjunktur nicht auf ewig so hoch fliegt und uns für schwierigere Zeiten wappnen“, so Armin Schuster.



KURZ BERICHTET

Telefonate ins EU-Ausland werden noch günstiger

Seitdem die EU 2017 die Roaming-Gebühren abgeschafft hat, können Reisende im EU-Ausland das Handy zum selben Tarif nutzen wie zu Hause. Umgekehrt jedoch sind die Gebühren für Verbindungen aus dem Heimatnetz ins EU-Ausland teilweise immer noch sehr hoch. Ab dem 15. Mai sollen auch diese Gebühren begrenzt werden. Dann dürfen Anrufe ins EU-Ausland maximal 19 Cent pro Minute und Textnachrichten 6 Cent pro 140 Zeichen zuzüglich Mehrwertsteuer kosten. Trotzdem ist bei See- und Flugreisen weiterhin Vorsicht geboten.

70 Jahre Europarat

„Europarat? Ist das irgendwas von der EU?“ - diese Frage wird häufig gestellt, wenn vom Europarat die Rede ist. Die Antwort lautet „Nein“. Der Europarat ist ein eigenständiges Gremium, das nicht institutionell mit der EU verbunden ist. Mitglieder sind 47 Staaten – von Portugal, über Deutschland, bis zu Armenien. Debattiert wird dort über allgemeine europäische Fragen, mit Fokus auf Fragen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Europäische Menschenrechtskonvention ist eine der Errungenschaften, die der Europarat in zähem Ringen 1950 verabschiedet hat. Sie garantiert die Grund- und Menschenrechte. Überwacht wird die Einhaltung der Menschenrechtskonvention vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Der Gerichtshof ist eines der wichtigsten Gremien des Euro-parates, neben der Parlamentarischen Versammlung und dem Ministerkomitee. Die Parlamentarische Versammlung setzte sich aus Abgeordneten aus den 47 Mitgliedsstaaten zusammen und tagt vier Wochen pro Jahr in Straßburg.

TERMINHINWEISE

18. Mai 2019

50 Jahre Eltern-Kind-Fachklinik Münstertal
16:00 Uhr | Staufen, Albert-Hugard-Str. 34

26. Mai 2019

EUROPAWAHLEN – WÄHLEN GEHEN
8:00 – 18:00 Uhr

26. Mai 2019

Benefiz-Radtour zugunsten krebskranker Kinder
12:00 Uhr | Rheinfelden nach Binzen (50 km)